

Verantwortliche
Redakteure.

Für den politischen Theil:

G. Fournier,
Dr. J. Steinbach,
Dr. J. Schmedemann,
sämmtlich in Posen.

Verantwortlich für den
Inseratenthail:

J. August in Posen.

Posener Zeitung

Seibenundneunzigster

Jahrgang.

Ar. 870

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentäglich drei Mal, an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reichs an.

Freitag, 12. Dezember.

Inserate

werden angenommen
in Posen bei der Expedition in
Zeitung, Wilhelmstraße 17,
ferner bei H. H. Schell, Köpcke,
Gr. Gerber- u. Breiterstr. 1, Ecke,
O. Mielich, in Firma
J. Neumann, Wilhelmstraße 8,
in Gnesen bei J. Schaplewski,
in Meieritz bei J. Kallbas,
in Gnesen bei J. Jodelsch
u. b. d. Inzerat-Annahmestellen
von G. L. Dambke & Co.,
Hafenstr. 1, Köpcke, Köpcke
und „Invalidendank“

1890

Deutscher Reichstag.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

39. Sitzung vom 11. Dezember, 1 Uhr.

Die erste Berathung des Etats wird fortgesetzt.
Abg. Bebel (Soz.): Meine Ausführungen über die Zoll- und Steuerpolitik haben gestern einen so erregten Widerspruch gefunden, daß man merkt, daß das Zentrum die Unsicherheit seiner Stellung in der Zollfrage fühlt. Hätten heute die Wähler über das Schicksal der Zölle zu entscheiden, so würde das Wahlergebnis noch ein ganz anderes sein als am 20. Februar. Die ungeheure Mehrheit des Volkes will von der herrschenden Zoll- und Agrarpolitik nichts wissen. Daß das Steuer- und Zollsystem keineswegs eine Wohlthat für den kleinen Bauer und ländlichen Arbeiter gewesen ist, beweist die Thatfache, daß die ländlichen Arbeiter zu Tausenden und Zehntausenden nach den Städten drängen. Sie selbst berathen ja auf ihren Kongressen immerfort, welche Mittel und Wege der Staat dagegen zu ergreifen habe. Sie suchen ja die Behörden dazu zu bestimmen, der Sachengängerei ein Ende zu machen. Während die städtische Bevölkerung in den letzten 10 Jahren um 20 Proz. zunahm, betrug die Zunahme der ländlichen Bevölkerung nur 4,8 Proz. In dem agrarischen Pommern ist sogar eine Abnahme der ländlichen Bevölkerung zu konstatiren von 0,7 pCt. In Ost- und Westpreußen betrug die Zunahme nur 2,3 pCt. Diese geringe Zunahme bezw. die Abnahme beschränkt sich aber nicht nur auf diejenigen Landestheile, in welchen der Großgrundbesitz vorherrscht, sondern betrifft auch solche, in denen der kleine Bauernstand überwiegend ist. Das ist in Bezug auf Hessen, Hohenzollern und Württemberg zu konstatiren. Die letzte Volkszählung wird ergeben, daß der Zug der ländlichen Bevölkerung nach den Städten in noch höherem Maße als früher erfolgt ist. Das beweist doch, daß die ländlichen Verhältnisse keineswegs besonders günstige geworden sind. Auch die geringen Löhne der ländlichen Arbeiter beweisen das. In Schlesien zählt man 46, in Pommern 60 Pfennige Tagelohn in der Erntezeit. Verhältnismäßig nicht besser ist es in anderen Gegenden; viele Großgrundbesitzer geben mehr Geld für Schweinefäule als für Arbeiterwohnungen aus. Der schlechte Zustand der ländlichen Arbeiter, gerade in den Ostprovinzen, ist vielfach die einzige Ursache der verderblichsten Infektionskrankheiten. Dadurch erklärt sich auch die fortwährende Wanderung von dem Osten nach dem Westen in die Industriegebiete.

Wir werden daher keineswegs, wie Herr v. Frege meinte, von der ländlichen Agitation absehen, sondern glauben bald ein vollständiges Agitationsmaterial für das Land zusammen zu haben, das Dinge enthüllt, an welche man jetzt kaum denkt. Herr von Frege hat aber auch jetzt schon keine Ursache, mit solchem Hohn auf uns herabzusehen. Unsere Resultate auf dem Lande bei den letzten Wahlen sollten den Herren ein Mene Tekel sein. In Sachsen werden wir bei der nächsten Wahl die absolute Majorität vereinigen. In Mecklenburg, dem feudalen Lande par excellence, kamen wir in 4 Wahlkreisen in die engere Wahl. Das zeigt, daß es in der ländlichen Bevölkerung anfängt, zu dämmern. Betreffs der Sittlichkeit, deren Mangel uns Herr v. Frege vorgeworfen hat, glaube ich es mit Herrn v. Frege aufnehmen zu können. Wenn ich Großgrundbesitzer wäre, so würde ich es mit meiner Sittlichkeit für unvereinbar halten, hier Agrarzölle auf Kosten der armen Bevölkerung zu verlangen und einzubehalten (Große Unruhe rechts, Beifall links). Ein sächsischer Geistlicher hat im vorigen Herbst in einer Diözesanversammlung in Grimma als eine Gefahr für die Sittlichkeit auf dem Lande nicht die Sozialdemokratie, wohl aber die Großgrundbesitzer, ihre Beamten und die Offiziere zur Zeit des Manövers hingestellt. (Große Unruhe rechts). Die Heuchelei ist nirgends so groß wie auf dem Gebiete der Religion und der Moral. Ich habe immer offen ausgesprochen, wofür wir kämpfen, was wir wirklich glauben, während Tausende und Abertausende der andern Parteien, namentlich der Partei des Herrn von Frege, Atheisten und Naturalisten sind, aber nicht den Muth haben, es zu sagen. (Unruhe rechts). Der Atheismus ist keine sozialistische Spezialität. Die Aristokratie huldigte vielmehr derselben im vorigen Jahrhundert.

Der kleine und mittlere Grundbesitz verfällt am meisten den Substationen, wie die bayerische Statistik ergibt. Der kleine Bauer hat von den Zöllen gar keinen Nutzen, denn er muß sein Getreide, wenn es kaum ausgedroschen ist, um jeden Preis verkaufen, weil er bis zur Ernte Schulden hat machen müssen und nun gedrängt wird. Den Bauern ist also mit dieser Zollpolitik ebenförmig genügt, wie mit der Zinnungspolitik. Dem Großgrundbesitzer aber waren diese Zölle von großem Vortheil. Beträgt doch die Fläche, welche der Großgrundbesitz bebaut, 2/3 mal so viel als der kleine Besitz. Hat doch der Fürst von Wittgenstein allein 2.100.000 Hektar! Haben doch 17 Großgrundherren 1/4 der gesamten Anbaufläche des deutschen Reiches in Besitz; und da sagen Sie, daß nicht der Großgrundbesitz, sondern der kleine Bauer von den Zöllen Vortheil hat. Um die Millionen, die die Großgrundbesitzer aus den Getreidezöllen, der Branntweinprämie, der Zunderfeuervergütung gezogen haben, kaufen Sie die kleinen Bauern aus und verstärken das Latifundien-System. Der Grund und Boden ist eben heute die sicherste Kapitalanlage. Daher werden ja auch jetzt die großen Geldmagnaten alle Grundbesitzer. Die ganze übrige Bevölkerung aber hat von den Agrarzöllen einen ausgesprochenen Schaden. An der österreichischen Grenze schaden die kleinen Leute ihre Kinder eine halbe Meile weit über die Grenze, um 2 Pfund Mehl herüber zu holen, das sie dort um 20 Pf. billiger haben. Allgemein ist der Unwille über die Getreidezölle, weil der arme weiß, daß gerade er über die Grenze seiner Leistungsfähigkeit die Lasten dieser Zölle tragen muß; denn die Zölle treffen am meisten die Armen und in um so höherem Maße, je zahlreicher die Familie ist. Auch zu den übrigen Steuern, welche gerade die nothwendigsten Konsumartikel treffen, tragen natürlich die unbemittelten Klassen am meisten bei.

Es wird also thätigst Klassenpolitik getrieben. Ein Regierungssystem, das auf einer solchen Steuer- und Zollpolitik begründet ist, muß mit Nothwendigkeit von den durch diese Politik benachtheiligten Klassen mit feindlicher Gesinnung betrachtet werden.

Leider ist man dazu gekommen, die indirekten Steuern nicht nur für die nothwendigen Ausgaben des Reiches zu verwenden, sondern man hat auch die Einzelstaaten als Säugekinder hinzugezogen. Man hat Steuern des Reiches weit über das Bedürfnis hinaus vermehrt, um sie zu einer Einnahmequelle für die Einzelstaaten zu machen, und gerade das ist das Unrecht, welches die armen Klassen in Deutschland empört. Dem gegenüber ist die ganze direkte Steuerpolitik in den Einzelstaaten nur ein Spiel. Auf Herrn Windthorst's Ausführungen über die „Jungen“ in der Sozialdemokratie verweise ich ihm, daß, sowie die „Jungen“ nicht mehr die Interessen der Partei vertreten, sie ohne Umstände vor die Thür gesetzt werden. Ihre Gesellschaftsordnung wird eher tragen als die Sozialdemokratie. Hr. Windthorst hat aus meiner Rede herausgelesen, wir wollten die Gewalt, aber wendeten sie nicht an, weil die Staatsgewalt noch zu stark ist. Wie es damit ist, hat das Jahr 1848 gezeigt. Wir erinnern Sie an das Wort Talleyrands: Mit Bajonetten kann man alles machen, nur nicht sich darauf setzen. Rechnen Sie nicht darauf, daß für ewige Zeiten die Armee Ihr Werkzeug sein wird, das auf Geheiß gegen Jeden geht; unsere Leute kommen auch in die Armee. Was ich gesagt habe, ist das Gegentheil von dem, was Abg. Windthorst mir zugehoben hat. In Ihrer Organisation der Gesellschaft selbst liegen unsere Waffen, und in dem Maße, wie diese Gesellschaft sich entwickelt, wie die Kapitalmächte sich immer mehr konzentriren, in demselben Maße muß die Empörung in der ungeheuren Mehrheit des Volkes zunehmen, und dann werden wir von selbst die Herrschaft in die Hand bekommen. Wenn Herr Windthorst gewarnt hat, auf dem Wege des Invalidegesetzes weiter zu gehen, so meine ich, Sie werden auf diesem Wege doch weiter gehen müssen, um sich aufrecht zu erhalten. In Bezug auf die Kolonialpolitik vertreten wir auch weiter die Ansicht, daß Gewaltmittel und Summationsbestrebungen nicht zu einander passen. Ostafrika wird uns im Uebrigen noch mehr Geld kosten. Nachdem die ostafrikanische Gesellschaft einmal das Gefühl gekostet hat, aus dem Reichsfaß unterstützt zu werden, wird sie noch weniger als früher bereit sein, selbst Mittel aufzuwenden, wir werden noch viele Millionen hergeben müssen. Wie Herr Windthorst diese Bewilligungen mit seiner Sparjamkeitseigenschaft vereinigen will, verstehe ich nicht. (Beifall bei den Sozialdemokraten).

Abg. Dr. Windthorst (C.): Ueber Ostafrika hat mir erst gestern Morgen ein aus Südwest-Afrika kommender Deutscher gesagt: Schaffen Sie uns nur Ruhe, und Afrika ist ein gutes Feld für unsere Arbeit; vor allem wird es nöthig sein, eine Eisenbahn von der Küste nach dem Nilma Ndischiro zu führen. Ich habe übrigens noch keine Bewilligung der Forderung für Afrika ausgesprochen, sondern nur gesagt, es wird sich empfehlen, diese Fragen in einer besonderen Kommission zu berathen. Wenn wir für die Thätigkeit der Mission mehr sorgen könnten, so würden wir die Mittel für einen humanen Zweck verwenden. In Bezug auf das Alters- und Invaliditätsgesetz halte ich die Verjüngung, die die Arbeiter durch dies Gesetz bekommen, für eine wünschenswerthe. Trotzdem aber bin ich der Meinung, daß der Staatszuschuß die Ausführung eines sozialdemokratischen Gedankens ist. Hat sich aber eine Majorität für das Gesetz gefunden, und ist es eingeführt, so müssen wir es auch möglichst gut zur Ausführung bringen.

Wenn Herr Bebel meinte, daß die jetzige Gesellschaftsordnung umgeändert werden müsse, weil sie sich als unhaltbar erwiesen hat, so hat er zwar mit Geschick auch manche Mängel angegeben, aber nicht nachgewiesen, daß die gerügten Mängel in der Gesellschaftsordnung selbst liegen und nicht vielmehr dadurch hervorgerufen werden, daß die an sich richtige Ordnung von manchen ihrer Träger mißbraucht wird. Hoch und Niedrig wird sich bemühen müssen, ob man nicht durch das Verhalten im Gebrauch der überkommenen Güter dazu beiträgt, daß die weniger gut Gestellten manches schlecht finden. Diese Mahnung Bebel's enthielt so viel Wahrheit, daß ich wünschte, daß sie überall gedruckt und verbreitet würde. Wenn Sie eine Verbesserung der Gesellschaftsordnung wollen, so müssen Sie uns sagen, wie sie beschaffen sein soll. Davon habe ich aber bisher nichts weiter gehört, als daß der Mensch nicht an Gott und seine Gebote glauben soll. Wissen Sie denn nicht, daß der Mensch, der nicht an Gott, an die Ewigkeit glaubt, zu einem Thiere herabsinkt? (Heiterkeit, Ruf bei den Sozialdemokraten: Friedrich der Große). Wenn Friedrich der Große noch lebte, so würden Sie wahrscheinlich nicht so ruhig diskutieren können. Sie wiegeln die Leute auf, ohne ihnen etwas Besseres dafür zu geben. Wenn Sie Ihr Talent und Ihre ausgezeichnete Beredsamkeit dazu anwenden, um auf Grund der bestehenden Gesellschaftsordnung und Gesetzgebung den Arbeitern zu helfen, dann könnten Sie mit uns Großes leisten. Statt dessen haben Sie nur verneint und bekräftigt (Zwischenruf: Arbeiterschutzgesetz!) Herr Bebel hat aber nicht den Schatten eines Versuches gemacht, uns ein anderes Zoll- und Steuerwesen zu zeigen. (Ruf bei den Sozialdemokraten: Abschaffen!), hat aber selbst zugegeben, daß der Staat Zölle und Steuern braucht.

Veräümen Sie bei aller Bekämpfung der Sozialdemokratie nicht, überall die Religion recht gründlich zu heben und machen Sie keine Schulgelehrtenwürde, die das nicht thut! (Große Heiterkeit). Ich sage das besonders den Herren Nationalliberalen, Sie werden es erfahren, denn die Sozialdemokratie marichirt zunächst gegen Sie, weil Sie die fettesten Beutel haben (Heiterkeit). Wir sollen aber nicht allein die Religion lehren, sondern auch ihre Gebote befolgen, und dazu ist der Staat allein nicht im Stande. Ich freue mich, daß Herr Bebel heute gesagt hat, die Sozialdemokraten wollten nicht die Gewalt. Ich möchte ihn bitten, zu erklären, ob er unter keinen Umständen Gewalt ausüben will. Gegen die sozialdemokratischen Bestrebungen im Geiste wird eine strenge Militärerziehung am Platze sein. Die bestehende Gesellschaftsordnung ist stark genug. Wir werden sie auch stark aufrecht erhalten, solange Sie Gewalt anwenden wollen. Möge uns doch Herr Bebel seine Gesellschaftsordnung, sein Staats-, sein Steuerwesen vorlegen, dann allein können wir den Kampf aufnehmen. Gegen das Negationsystem können wir nicht kämpfen.

Die Agrarzölle können wir nicht entbehren. Ich bestreite nicht, daß die Zölle die Lebensmittel vertheuern, aber als wir dieselben

eingeführt, so thaten wir das im Hinblick darauf, daß sich durch die Hebung des Ackerbaues die Lohnverhältnisse der Arbeiter bessern würden. Die Löhne sind auch gestiegen. (Zuruf: auch bei den ländlichen Arbeitern?) Wenn die Landarbeiter nach den Städten ziehen, wo sie besser gelohnt werden, wird auch der Grundbesitzer in die Nothwendigkeit versetzt, seine Arbeiter besser zu bezahlen. Allerdings geht das nur, wenn die Landwirtschaft sich lohnt. Wir haben mit Rücksicht auf diese Vertheuerung der Lebensmittel durch die Zölle in diesem Jahre die Beamtengehälter bedeutend erhöht, und dadurch hat sich die Zufriedenheit unter den Beamten schon bedeutend vermehrt. Wie wollen Sie, wenn Sie die Zölle aufheben, andere eben so sichere Einnahmen für diese Zwecke schaffen? Auch die Kleinbauern werden, wenn Sie die Zölle aufheben, sicher nicht mehr Gelegenheit haben, mehr anzubauen als bei den Zöllen. Wenn unsere Regierung bei der Revision der internationalen Verträge finden sollte, daß die der oder jener Zolltag geändert werden muß, dann werden wir darauf eingehen, aber jetzt die ganzen Verhältnisse auf einmal auf den Kopf zu stellen in einem Augenblick, wo die anderen Länder sich abperren, dazu können wir unsere Zustimmung nicht geben. Die öffentliche Meinung ist auch nicht dieser Ansicht. Die weitaus größte Majorität meiner Freunde glaubt nicht, daß diese Zölle jetzt durchaus abzuschaffen sind. (Beifall im Centrum.)

Abg. Dr. Bamberger: Der Herr Reichskanzler hat sich gestern bei dem aus dem Gedächtniß gemachten Zitat aus einer Rede des österreichischen Abg. v. Plener vollständig geirrt, sowohl in dem, was er aus der Rede des Abg. v. Plener herauslas, als in dem, was namentlich in der Rede des Abg. Richter zu finden war. Der Abg. v. Plener beruft sich in seinem Appell an den Staat Oesterreich, daß er durchaus nicht nöthig habe, Deutschland Konzessionen zu machen, nicht etwa auf die Freihandelsparthei, auf die freisinnigen und Sozialdemokraten, nein, er sagt Folgendes: „Oesterreich sei hierbei in einer günstigen Lage; in Deutschland sei die frühere Koalition der Großgrundbesitzer und der Großindustriellen, die als Kartellparteien im Reichstag die Mehrheit hatte, gelöst.“ Darauf bezieht sich Herr v. Plener, nicht auf unsere Seite. (Sehr wahr! links.) Er mag ja falsch berichtet sein, denn die Koalition der Herren, die das Kartell geschlossen haben, um der Nation gemeinsam das Fell über die Ohren zu ziehen (große Unruhe rechts, Rufe: Zur Ordnung!) ist leider nicht so weit gelöst, wie wir es wünschen können. Nicht darauf hat sich Herr v. Plener gestützt, daß hier eine freisinnige Bewegung, die ja nie aufgehört hat, sich erklärt gegen die agrarischen Zölle, sondern daß in den Industriellen das Gefühl sich regt, daß es mit den agrarischen Zöllen nicht geht. Der Herr Reichskanzler hat noch mehr geirrt, wenn er glaubte, daß Abg. Richter wolle Herrn Plener in Oesterreich Vorstöße leisten darin, daß Deutschland die Bedingungen Oesterreichs auf alle Fälle annehmen müßte. Herr von Plener verlangt differentielle Begünstigung der landwirtschaftlichen Produkte, und er hat sogar die Monstrosität ausgesprochen, Deutschland müsse Differentialzölle gewähren, das heißt sich die Hände binden, und müsse diejenigen Zölle, die Oesterreich zugebilligt werden, andern Ländern verweigern, und dagegen ist Herr Richter der deutschen Regierung, wenn es noch nöthig wäre, zu Hilfe gekommen, indem er ausdrücklich erklärte, daß er die Verhandlungen als Einleitung zu Verhandlungen mit anderen Staaten begreife, und daß Differentialtarife geeignet seien, Repressalien herbeizuführen. Der Herr Reichskanzler wird zugeben, daß er, weit entfernt durch die Bemerkung des Abg. Richter geschwächt zu werden in seiner Position, sich einfach in den Verhandlungen mit Oesterreich, wenn dieses die Freiheit so weit treiben sollte, uns solche Bedingungen zuzumuthen, auf den entscheidenden Auspruch aus der Mitte des Reichstages berufen kann. Er war also nicht in der Lage, sich über die Ausführungen des Abg. Richter zu beklagen. Es ist doch wichtig für die Staatsregierung, zu wissen, mit welcher Mehrheit in Zukunft in diesen Dingen zu rechnen ist. Handelsverträge werden ja nicht paragraphenweise im Reichstage diskutiert und amendirt, sie sind im Ganzen anzunehmen oder abzulehnen. Eine Regierung muß also, wenn sie an die Volksvertretung herantritt, wissen, was sie zu erwarten hat. Wir würden daher unsere Pflicht veräumen, wenn wir mit unseren Ansichten zurückhalten würden. Wenn uns ein Handelsvertrag mit Oesterreich vorgelegt wird, der uns zu Differentialzöllen verpflichtet, so wird meine Partei und viele Mitglieder über dieselbe hinaus denselben nicht genehmigen.

Wenn der Herr Reichskanzler auf die im Verhältniß beinahe schüchternen Bemerkungen der Herren Richter und Richter mit starken Angriffen vorgegangen ist, so will ich deswegen nicht mit ihm rechnen. Ich nehme ihm das nicht übel, denn ich begreife, daß er gerade bei diesen Verhandlungen ein wenig nervös ist. Das Gebiet ist ihm neu, und wie er sich bei den Kolonialsachen erst durch einen Wust von kolonialpolitischen Dingen hindurcharbeiten mußte, so mußte er sich auch hier erst mit den handelspolitischen Aufgaben quälen, um sich eine nähere Einsicht zu verschaffen. Wir wissen ja, daß er nicht aus persönlichem Interesse, sondern aus Pflichtgefühl die schwere Last auf sich genommen hat und dem Ruf des Monarchen gefolgt ist. Ich verlange von ihm auch nicht eine solche Eingeweihtheit in diesen Dingen, wie wir sie haben, die wir seit 30 bis 40 Jahren uns damit beschäftigt haben. Ein Bischof Empfindlichkeit ist bei der Schwierigkeit seiner Lage also zu rechtfertigen. Es ist ja überhaupt eigenthümlich, daß zwei schutzöllnerische Regierungen über einen Handelsvertrag konferiren. Ein richtiger Schutzöllner müßte eigentlich froh sein, wenn die andere Regierung energischen Widerstand leistet: denn da man nie einführen kann, ohne im selben Verhältniß zu exportiren, so müßte es in den Augen des Schutzöllners ein Verdienst sein, den Export zu verhindern, weil das auch eine Beschränkung des Imports bedeutet. Zwei schutzöllnerische Regierungen werden also sich über einen Handelsvertrag nur schwer einigen, doppelt schwer, nachdem die Verhandlungen in eine beklagenswerthe Stagnation gerathen sind. Wenn wir einmal einen Handelsvertrag abschließen, so ist der Vorschlag immer von der Gegenseite gekommen. Soweit das aber nicht der Fall war, haben wir uns immer darauf beschränkt, immer mehr Tarifbestimmungen, immer mehr materielle Bestimmungen aus dem Handelsverträge herauszunehmen, so daß auch der Handelsvertrag

mit Oesterreich auf die Wichtigkeit und Nothwendigkeit eines bloßen Meistbegünstigungsvertrages herabgesunken ist. Da ist es allerdings recht schwer, Verhandlungen zu führen, und ich verstehe durchaus die Wünsche, mit denen die Reichsregierung zu kämpfen hat.

Aber man darf doch nicht sagen, wir schaden, indem wir in die Verhandlungen eingreifen. Wenn wir grade Werth darauf legen, ausdrücklich zu erklären, auf ein Differential-System wird nicht eingegangen, so glauben wir, dem Vaterlande besonders zu nützen. Wir wünschen ja mehr vielleicht als andere Fraktionen des Reichstages, daß ein Handelsvertrag zu Stande kommt. Wenn man nun sagt, man dürfe es nicht laut werden lassen, daß man die Sache wünscht, der mache das beste Geschäft, der sagt, ihm liege nichts daran, so müßte ein vollständiges Stillschweigen über die Verhandlungen eintreten. Das geschieht aber hier nicht. Herr Windthorst hat selbst behauptet, und auch früher andere Parteien, er wünste sehr, daß ein Handelsvertrag zu Stande komme, und ebenso kann auch Herr v. Plener, obwohl er ein geborener Schutzzöllner ist, nicht umhin, zu erklären, wie sehr er einen Handelsvertrag wünscht. Gerade in dem Schweigen sehe ich für das Zustandekommen eines Handelsvertrages der wirklich diesen Namen verdient, eine Gefahr, denn es kann dann sehr leicht etwas zu Stande kommen, was nur der Schatten eines Handelsvertrages ist, und wir möchten dies vermeiden zu Gunsten der Popularität des Handelsvertrages; denn wenn ein Handelsvertrag zu Stande kommt, so soll auch unserer Industrie die Ausfuhr nach Oesterreich erleichtert werden, natürlich müssen wir aber auch dann die nöthigen Konzessionen machen. Es muß ein Handelsvertrag in dem Geiste gemacht werden, wie er in den letzten Jahren verstanden wurde, daß man Tariffsätze bindet, bestimmte Sätze auf längere Zeit festlegt. Es ist allerdings ein Gemeinplatz, aber nichtsdestoweniger eine richtige Wahrheit, daß es nicht so sehr darauf ankommt, wie hoch die Zölle sind, als darauf, daß sie festgelegt werden auf längere Zeit, daß nicht jeden Augenblick in den Verhältnissen zwischen den beiden Völkern eine Aenderung eintritt.

Herr v. Frege hat gestern so leichte Schatten des Verdachts des Landesverrats über die gebreitet, welche sich ereigneten, ihre Meinung über die Handelsverträge zu äußern. Der Abg. v. Plener hat sich aber auch darauf berufen, daß jetzt so viel von der Freigebung der Vieheinfuhr die Rede sei. Wer hat sich dafür bemüht? Die königlich bayerische Regierung und sogar die königlich sächsische Regierung war es, die sich diesen Landesverrat zu Schulden kommen lassen, indem sie ganz laut und offen für die Aufhebung der Viehsperre eintraten. Das Geheimniß, das hier ausgeplaudert wird, ist eines, das jeder Mensch weiß, und das man es weiß, wird kein Hinderniß sein, um zu einer Verständigung zu gelangen. Ich bin so wenig dieser Ansicht, daß ich meine beiläufige Mitwirkung gegeben habe durch eine Schrift, welche dieser Tage erscheinen wird, in welcher ich die Gefährlichkeit der Differentialzölle nachweise. Damit glaube ich die Regierung nicht zu schwächen.

Herr v. Frege hat sich auch mit der Silberfrage beschäftigt. Es ist nicht sehr vorthellhaft für die Verhandlungen des Reichstages, eine so verwickelte Frage so beiläufig durch einen Pistolenschuß anzuführen. Wenn man meiner Ansicht 1879 gefolgt wäre, und die Silberverkäufe nicht stillt hätte, dann wäre man zu einem Preise gekommen, der der höchste ist, welcher bis jetzt erreicht worden ist. Bekanntlich hat Belgien auch die letzte Anleihe gezeichnet; wenn aber Belgien daran gezeifelt hätte, daß wir unsere Zinsen anders als in Gold zahlen würden, so hätte es auch nicht einen Pfennig gezeichnet. Im übrigen sehe ich den Gang der Dinge ruhig an, soweit es sich um Deutschland handelt. Das kann ich nach dem furchtbaren Fiasko, den die Silberleute in Amerika gemacht haben. Ich habe das Vertrauen zu dem preussischen Finanzminister, daß er auf die bimetalistischen Vorschläge nicht eingehen wird, wie sie die stark bimetalistische demokratische Partei jetzt zu machen beabsichtigt, nämlich daß die Freiprägung des Silbers proklamirt wird im Paritätsverhältniß von 1 zu 15 1/2.

Herr Windthorst hat erklärt, daß er Ostafrika nicht aufgeben will aus Nationalstolz. Mich wundert, daß ein Mann, der so viel zu leiden hat unter dem Weltgeheiß der Nationalen, kein anderes Argument vorbringen kann. Ich erinnere mich noch, daß er, als er mit mir zusammen in der Kommission saß, gegen die Kolonialpolitik als einen Kolonialschwindel gesprochen hat, aber seitdem kein Antrag auf die Befämpfung der Sklaverei angenommen ist, ist eine erhebliche Wandlung eingetreten, und seinem Einfluß ist es zuzuschreiben, wenn wir so tief in die Kolonialpolitik hineingerathen sind. Das hat seinen Grund darin, daß er seit diesem Antrage gezwungen ist, alle Konsequenzen der Kolonialpolitik zu ziehen. Er gehört jetzt zu den stärksten Kolonialwärmern im Reiche, denn noch niemals, selbst von den eifrigsten Kolonialpolitikern ist der Gedanke ausgesprochen worden, den Herr Windthorst gehabt hat, in Ostafrika Niederlassungspolitik zu treiben. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Ausichten auf einen Erfolg unserer Ausgaben in Ostafrika im höchsten Grade ungewiß sind, während die Entbehrungen, die dem Steuerzahler auferlegt werden, im höchsten Grade gewiß sind. Herr Windthorst will sogar, daß das Deutsche Reich eine Eisenbahn von der Küste nach dem Kilimandscharo baut. Es hat mich im höchsten Grade überrascht, daß er schon so weit in seiner Kolonialschwärmerei gekommen ist. Davon bin ich überzeugt, daß, wenn er einen solchen Antrag stellen sollte, er wieder die Majorität des Reichstages haben wird. Unsere Zustimmung wird er nicht haben. Wird die Eisenbahn aber gebaut, dann bin ich dafür, daß die erste Lokomotive, die in den schwarzen Erdtheil hineindampft, den Namen Windthorst tragen wird. (Große Heiterkeit und Beifall links.)

Reichskanzler v. Caprivi: Herr Bamberger hat geglaubt, mit Rücksicht auf meine mangelhafte Orientirung mir Schonung angedeihen lassen zu sollen. Er hat in der ihm eigenen urbanen Art denselben Gedanken ausgedrückt, welchen im vorigen Jahre an anderer Stelle Abg. Richter in die Worte gekleidet hat, er wolle mir noch Schonzeit geben. Was meine Person angeht, so habe ich noch nie in meinem Leben von irgend Jemand Schonung verlangt. (Beifall rechts.) Ich wünsche sie auch von Ihnen nicht. Ich weiß aber auch nicht, ob die Regierung in der Zeit, seit ich die Ehre habe, ihr vorzustehen, den Schein erweckt hat, sie bedürfe Schonung. So liebenswürdig diese Aeußerung des Abg. Bamberger ist, so war mir doch der große Ton, den Herr Richter anschlug, in dem Augenblick lieber. Ich befand mich lange, um ein Bild eines alten Soldaten zu brauchen, in dem Gefühl eines Offiziers, der weiß, er befindet sich in der Nähe des Feindes, aber er kommt nicht heraus; endlich fällt der erste Schuß und man hat das erlösende Gefühl: da ist er! (Heiterkeit.)

Ich muß annehmen, daß die wenigen Worte, die ich über das Verhältniß zu Oesterreich gesprochen habe, doch nicht so ganz werthlos sein könnten, denn dieselbe Partei hat heute ihren dritten Redner gegen diese wenigen Worte ins Feld geschickt, und der alte Soldat hat das beruhigende Gefühl, aus dem groben Geschützfeuer in das kleine Gewehrfeuer gekommen zu sein. Weil ich der Meinung bin, daß es nicht richtig ist, während schwebender Staatsverhandlungen mit anderen Staaten Aeußerungen in so gewichtigen Körperlichkeiten, wie dieses Haus eine ist, laut werden zu lassen, enthalte ich mich auch heute jeden Eingehens auf die Einzelheiten, die Dr. Bamberger angeführt hat. Wenn ich auch nicht annähernd die handelspolitischen Kenntnisse des Herrn Bamberger habe, so wird er mir zugeben, daß er nicht die Kenntnisse über die politischen

Verhandlungen hat, die über diese Verträge gepflogen werden, und wenn diese Voraussetzung nicht zutrifft, so glaube ich doch noch ein für alle mal hier aussprechen zu müssen, daß ich Aeußerungen über diese Verhandlungen, so lange sie noch geführt werden, für durchaus schädlich halte. Wenn ich auch ein Neuling in parlamentarischen Angelegenheiten bin, so möchte ich doch annehmen, daß ich mit der Bitte, die ich neulich ausgesprochen habe, und ich glaube, ich sprach sie nicht gereizt aus, — mich nicht in Unrecht gesetzt habe. Denn so viel ich weiß, ist es in fast allen parlamentarischen Körperlichkeiten, und vor allen Dingen in den englischen, denen man doch den konstitutionellen Charakter nicht absprechen kann, Sitte, wenn man von der Regierung sich dahin äußert, daß politische Aeußerungen, und namentlich über schwebende Verhandlungen, schädlich sein müssen, dann abzubringen. Ich kann nur konstatiren, daß, wenn solche Aeußerungen schaden, die Verantwortung nicht auf mir liegt.

Der Abg. Bamberger hat nur zwei Stellen aus der Rede des Abg. v. Plener vorgelesen. Die zwischenliegende Stelle lautet: „Deutschland muß daher aus inneren politischen Gründen für Ermäßigung unter allen Umständen eintreten, ohne dafür erst von uns besondere Kompensationen verlangen zu können.“ Ich stelle nochmals der Erwägung des Hauses anheim, ob Aeußerungen, die hier gefallen sind, geeignet sind, den Abgeordneten Plener aus Oesterreich in der Meinung zu bestärken, daß Deutschland unter allen Umständen aus inneren politischen Gründen die Ermäßigung eintreten lassen muß, oder nicht. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Hahn (kons.): Die Rede des Abg. Bebel ist geeignet, Unzufriedenheit nach jeder Richtung auf das platte Land zu tragen. Ich hatte geglaubt, Herr Bamberger würde nach dieser Brandrede Bedenken tragen, ihre beabsichtigte Wirkung noch zu verstärken. Seine Aeußerung, unsere Zoll- und Steuerpolitik sei geeignet, unserer Nation das Fell über die Ohren zu ziehen, war nach der Rede des Abg. Bebel mindestens unvorsichtig. Herrn Bebel möchte ich auch meinerseits fragen, welches seine Staats- und Gesellschaftsordnung ist, ebenso, welches Steuerhystem er an die Stelle des jetzigen setzen will. Die Angriffe auf das Verhalten meiner Partei bei den Steuerfragen sind ungerechtfertigt. Haben wir nicht im Abgeordnetenhaus den Vorschlag gemacht, die höchsten Einkommen noch höher zu besteuern? Wie will Herr Bebel die Ausgaben, die doch zum Schutze des Reiches nothwendig sind, decken? Unsere Landleute sind viel zu verständlich, um das in Abrede zu stellen; sie tragen gern die Steuern.

In Bezug auf die Wohnungen auf dem Lande und besonders auf den Gütern ist sehr viel gesprochen. Wie sieht es aber mit den elenden Dach- und Kellerwohnungen in den Städten aus? Wenn die Polizei gegen solche Wohnungen einschreitet, so giebt man den kleinen Leuten noch immer nicht gute Wohnungen. Die ländliche Bevölkerung, welche in die Städte zieht, ist bezüglich der Wohnungen noch viel schlimmer daran als auf dem Lande. Bei der Berechnung über das Verhältniß des Landes zwischen Groß- und Kleingrundbesitz hat Abg. Bebel vergessen, daß der größere Theil der Besitzungen der Großgrundbesitzer aus Wald besteht. Wir können uns nur freuen, daß wir noch so viel Wald besitzen. — Wenn man auf dem platten Lande erfährt, daß Abg. Bebel Atteist ist, dann werden die Landbewohner jeden Versuch zurückweisen, ihnen die Vaterlandsliebe und die Religiosität aus dem Herzen zu reden.

Abg. v. Kardorff (Rp.) tritt den Ausführungen des Abg. Bebel über die Lohnverhältnisse in seinem Kreise entgegen. Dieselben seien viel höher, als jener angegeben; auch die Wohnungsverhältnisse auf dem Lande seien viel besser als die in den Städten. In der Lage der arbeitenden Klasse sei in den letzten Jahren tatsächlich eine große Besserung eingetreten. Die Sozialdemokraten wollen nur ihre eigenen Pläne verfolgen, die sie sich wohl hüten, zu zeigen. Die bisherige Gesetzgebung sei gegen die Sozialdemokratie nicht ausreichend gewesen; um so mehr sei an der Alters- und Invaliditätsversicherung festzuhalten.

Abg. Wisse (wilsb.): Herr Windthorst und Herr Hahn haben es bedauert, daß Abg. Bebel eine solche Rede gehalten hat. Ich bedauere es noch mehr, daß diese Herren den Abg. Bebel nicht haben widerlegen können. Wenn Herr v. Kardorff sagte, die bestehende Gesetzgebung reiche gegen die Sozialdemokratie nicht aus, so appellirte er damit an Ausnahmegelese. Wenn wir ehrlich reformiren wollen, brauchen wir solche Gelese nicht. Es ist wahr, daß eine Besserung in den Lohnsätzen auch der ländlichen Arbeiter eingetreten ist, aber nicht in dem Maße wie in der Industrie, und diese Umstände entvölkern das platte Land und geben der Sozialdemokratie wirksame Waffen in die Hand.

Im Volke ist es niemals verstanden worden, daß man die Ueberflüsse des Reiches an die Einzelstaaten überweist, während das Reich selbst immer mehr Schulden macht. Hätte man auch früher die Wirkung der Frankensteinischen Klausel und der damit in Zusammenhang stehenden lex Suene gekannt, die Stimmung dafür wäre keine günstige gewesen. Ich hoffe, daß die Erfahrungen dazu drängen werden, die Frankensteinische Klausel aufzuheben und die Einnahme des Reiches für dieses allein zu verwenden. Wenn der Wohlstand in den Einzelstaaten wirklich so groß ist, wie man immer behauptet, so werden wir das um so leichter thun können.

Herr v. Frege hätte seine Bauernfreundlichkeit besser beweisen können, wenn er einen Antrag auf Aufhebung der Handels- und Industriezölle eingebracht hätte. Die Aufhebung der Kornzölle wird dem Bauernstande nichts schaden, wie sie ihm bis jetzt nichts geschadet haben. Die Freundlichkeit der Agavier gegenüber dem Bauern zeigt sich jetzt gerade im Abgeordnetenhaus, wo dieselben der Landgemeindeordnung widerstreben, also keine Besserung der ländlichen Verhältnisse wollen. — Die Wohnungsverhältnisse auf dem Lande sind allerdings sehr schlechte, aber es muß zugegeben werden, daß die ländliche Bevölkerung selbst kein Bestreben zeigt, hier eine Besserung vorzunehmen.

Hierauf wird die Diskussion geschlossen.

Abg. Richter (persönlich): Der Herr Reichskanzler meinte, er habe im Sommer eine von mir angebotene Schonzeit zurückgewiesen. Hier verläßt den Herrn Reichskanzler sein Gedächtniß. In der Militärkommission hat laut Kommissionsbericht der Herr Reichskanzler auf die Schwierigkeiten der Regierung nach dem Kanzlerwechsel aufmerksam gemacht. Er sagte wörtlich: „Die einfachsten Geschäfte fallen der Regierung jetzt oft schwer. Man sollte darum jetzt keine konstitutionellen Fragen aufwerfen, die zu einer Krisis führen könnten. Gaben sich die Verhältnisse befestigt, so würde er einen ihm angebotenen Kampf mit Kampfesfreudigkeit aufnehmen.“ Zur Zeit aber sollte man die Situation nicht schwerer machen, als sie so wie so sei.“ Darauf bemerkte ich, daß sehr ja wie das Verlangen nach einer Schonzeit aus bis zu dem Zeitpunkt, wo der Herr Reichskanzler widerstandskräftiger sei. Eine solche Schonzeit könnten wir nicht bewilligen. Also umgekehrt haben wir gerade die Andeutung einer wünschenswerthen Schonzeit zurückgewiesen. Allerdings hat der Herr Reichskanzler selbst damals bemerkt, daß seine Aeußerung nur mißverständlich als das Verlangen einer Schonzeit aufgefaßt werden könne. Ich habe niemals einem Reichskanzler eine Schonzeit angeboten (Heiterkeit) und werde mich auch hüten, dies unter dem obwaltenden Verhältnissen jetzt zu thun.

Abg. Dr. Bamberger: Der Herr Reichskanzler wünscht angegriffen zu werden. Ich begreife es bei seiner Uebung zu sechten, für die er auch hier im Parlament Beweise gegeben hat; er wünscht Angriffe, wo noch keiner stattgefunden hat, sowohl vom

Abg. Richter als von mir. Was mich betrifft, so werde ich ihn angreifen, wenn ich dazu Grund zu haben glaube. Wenn ich aber Grund zu haben glaube, ihn zu widerlegen, so werde ich ihn nicht angreifen, sondern widerlegen. Dann hat der Herr Reichskanzler geglaubt, mich belehren zu müssen über die parlamentarischen Verhältnisse in England. In England ist es keineswegs so, daß man über eine Sache, über welche Verhandlungen schweben, nicht spricht, sondern man hat sogar das Recht, über dieselbe an den Minister eine Frage zu stellen, und dieser hat eigentlich die Pflicht zu antworten, nur wenn ihn das genirt, bittet er das Haus, auf die Antwort zu verzichten. Wir haben aber keine Frage gestellt; wir haben nur das gethan, was in England ohne jeden Anstoß geschieht, wir haben über Dinge gesprochen, die in der großen Politik vorgehen. Das ist meine Kenntniß von dem parlamentarischen Brauch in England.

Hierauf werden eine Reihe von Staatsheilen der Budgetkommission zur Vorberathung überwiesen.

Das Haus erledigt darauf in einmaliger Berathung die Denkschrift über die Ausführung der seit 1875 erlassenen Anleihegesetze und genehmigt in zweiter Berathung den G.-G., betr. die Kontrolle des Reichshaushalts und Landeshaushalts für Elsaß-Lothringen.

Hierauf verlegt sich das Haus auf Freitag 11 Uhr. (Zuckersteuervorlage.)

Schluß 4 1/4 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 11. Dezember.

— Gestern Abend entsprach der Kaiser einer Einladung des Kommandeurs des Regiments der Gardes du Corps, Oberst von Bissing, zur Abendtafel. Heute Vormittag hatte der Kaiser eine Unterredung mit dem Reichskanzler General v. Caprivi und ertheilte darauf dem schwedischen Baumeister Munte eine Audienz. Später arbeitete der Kaiser mit dem Kriegsminister General von Kastenborn-Stachau und dann mit dem Chef des Militärkabinetts General-Adjutanten von Sahnke. Morgen Vormittag wird der Kaiser in der Umgegend des Neuen Palais noch eine Jagd auf Fasanen abhalten und am Nachmittag mit der Kaiserin und den kaiserlichen Prinzen, sowie mit dem gesamten kaiserlichen Hofstaate nach Berlin in das hiesige königliche Schloß übersiedeln. Uebermorgen wird sich der Kaiser zur Theilnahme an Jagden nach Barby begeben und am Abend desselben Tages von dort nach Berlin zurückkehren. Am 19. d. Mts. wird, wie der „Hann. Kur.“ meldet, der Kaiser in Hannover eintreffen, bei dem Offizierskorps seines Ulanen-Regiments das Frühstück einnehmen und sich dann nach Springe begeben, um dort zu jagen; eine größere Hofjagd soll jedoch nicht in Aussicht genommen sein. Wie weiterhin berichtet wird, soll der Kaiser beabsichtigen, bei Gelegenheit seiner Anwesenheit in Hannover einen Vortrag des Landesdirektors Freiherrn v. Hammerstein-Vorzen über den Rhein-Wefer-Elbe-Kanal entgegenzunehmen. Am 20. Dezember würde der Kaiser dann im königlichen Residenzschloß ein Mahl geben und nach demselben die Rückreise nach Berlin antreten.

— Der Bundesrath hat in seiner gestrigen Sitzung von der Vorlage, betreffend die für die Regelung der Verhältnisse in Deutsch-Ostafrika maßgebenden Abmachungen Kenntniß genommen und den Ausschussberichten, betreffend den Freundschafts-, Handels- und Schiffsfahrtsvertrag mit der Türkei, sowie über die Gesetzentwürfe für Elsaß-Lothringen, betreffend die Aufhebung der Denunzianten-Antheile und die Einrichtung von Grundbüchern zugestimmt.

— Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat darauf verzichtet, ihren Antrag auf Aufhebung der Getreidezölle u. noch vor Weihnachten auf die Tagesordnung zu bringen, der Antrag soll vielmehr als erster Initiativantrag unmittelbar nach den Ferien zur Verhandlung kommen. Unter diesen Umständen wird an der Absicht festgehalten, im Plenum vor Weihnachten nur noch die Zuckersteuervorlage in erster Berathung zu erledigen; alsdann soll, und zwar Sonnabend dieser Woche, der Reichstag sich bis zum 8. Januar 1891 vertagen.

— Wie verlautet, soll die Absicht bestehen, den General-Superintendenten ein äußeres Zeichen ihrer Würde zu verleihen, ähnlich wie es der Feldpropst in dem goldenen Brustkreuz trägt.

— Der zum vierten Domprediger ernannte Superintendent Krieger in Storfow wird, dem Bernehmen nach, sein neues Amt am 1. Januar 1891 antreten; Hofprediger Stöcker wird zum 31. Dezember aus dem Amte scheiden.

— Der türkische General Hobe Pascha verläßt nach längerem Aufenthalte heute Nachmittag Berlin und beabsichtigt noch mit einem etwa vierwöchentlichen Urlaube sich zunächst nach Paris und von dort nach London zu begeben, bevor er auf seinen Posten nach Konstantinopel zurückkehrt.

Merseburg, 11. Dez. Der sächsische Provinzial-Landtag hat den ihm von der Staatsregierung zur Begutachtung vorgelegten für andere Landestheile vorbildlich gedachten Entwurf einer Reorganisation angenommen. Ferner bewilligte der Landtag außer Mitteln für den Meliorations- und den Wegebaufonds auch 50 000 M. zur Unterstützung der Ueberfluthungsgebiete. Der Oberpräsident von Pommer-Eiche schloß den Landtag mit einer Ansprache.

Dresden, 11. Dez. Die hiesige Handels- und Gewerbe-kammer beschloß die Befürwortung der Festlegung des Osterfestes innerhalb der Zeit vom 5. bis 12. April, ferner des Wegfalls der Feier des hohen Neujahrs (6. Januar, Drei-Königstag), der Zusammenlegung der sächsischen Bußtage auf einen einzigen Tag und zwar mit dem preussischen Bußtag gemeinsam und endlich der Errichtung einer deutsch-ausländischen Bank.

Lothales.

Bosen, den 12. Dezember.

— u. Zur Volkszählung in Bosen. Nicht bloß in den kleinen, sondern auch in Deutschlands großen und größten Städten ist das Resultat der Volkszählung vom 1. d. Mts. bereits vor einigen Tagen vorläufig festgestellt worden; nur das Volkszählungsbureau der Provinzial-Hauptstadt Bosen ist auch jetzt leider noch nicht in der Lage, die Einwohnerzahl unserer Stadt festzustellen und wird, wie uns mitgeteilt wird, das auch in den nächsten Tagen noch nicht thun können. Als Gründe für diese unliebsame Verzögerung wird uns angeführt, daß eine ganze Anzahl der Herren Zähler ihr

Zählmaterial erst vorgeföhrt abgeliefert hat; ein Herr soll überhaupt vergessen haben, am 1. Dezember seines Ehrenamtes als Zähler zu walten, und mußte in dessen Bezirk die Zählung erst nachträglich bewirkt werden. Wieder andere Herren sollen ungenau verfahren und zum Theil veränderte Haltungsungen in ihrem Zählbezirk übergangen haben.

*** Zur Neujahrszeit.** Im Interesse nicht nur der Postbeamten, sondern besonders unserer Leser glauben wir sie darauf aufmerksam machen zu dürfen, bei dem bevorstehenden Neujahrsfeste sich rechtzeitig mit den erforderlichen Postfreimarken zu versehen. Es werden gewiß nur wenige sein, welche Neujahrskarten und Neujahrsbriefe nicht versenden. Nun ist die Neujahrszeit von den Postbeamten, namentlich den Schalterbeamten, ebenso gefährdet, wie die Weihnachtszeit, indem bei der ersten keine Hilfe gegeben wird. Dazu kommt in diesem Jahre der Verkauf von Marken für die Altersversorgung u. f. w., so daß jedenfalls in den letzten Tagen des Jahres sehr starker Andrang an den Verkaufsstellen stattfinden wird. Auch ist es rathsam, zum Versenden von Glückwunschkarten nicht allzu kleine, vielmehr größere Briefumschläge zu verwenden. Die oft angewendeten kleinen Formen erschweren das Verpacken und Sortiren. — Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß in Bosen die Zeitungsbestellungen für das nächste Quartal auch in der Zeit vom 15. bis 25. Dezember angenommen werden, was bei kleineren Postämtern, des großen Andranges wegen, nicht geschieht.

*** Für Auditeur- und Richterwähler.** Der Magistrat zu Breslau verleiht alljährlich aus dem Stipendium Ungeannt 450 Mark an unverheirathete, evangelische, über 30 Jahre alte, nicht adeliche Töchter eines preussischen Auditeurs, Land- oder Amtsgerichtsraths, Land- oder Amtsrichters, mit einer sicheren Einnahme unter 600 Mark; bezügliche Meldungen sind im Laufe des Monats Dezember an den dortigen Magistrat einzureichen.

d. Polnische Vereine in Berlin. Der Verein „Stella“ in Berlin, welche Bildungs- und geistliche Zwecke verfolgt, zählt gegenwärtig, wo er 3 Jahre besteht, 80 Mitglieder gegen 63 im Vorjahr; er hat im abgelaufenen Jahre 34 ordentliche Sitzungen mit Vorträgen und Vorlesungen abgehalten, 11 Feste, Viehhäuser-Vorstellungen u. veranstaltet. Der Verein „Drzew“ (Alder), welcher ähnliche Ziele, wie die „Stella“ verfolgt, hat im Sommerhalbjahr 1890 16 Sitzungen abgehalten, 2 Feste und jeden Monat ein gefelliges Vergnügen veranstaltet; die Anzahl der Mitglieder ist von 29 auf 36 gestiegen.

d. Zur Schreibweise von Personen-Namen. Ein polnischer Einwohner von Storchest, welcher sich „Gernern Schulc“ nennt und schreibt, war wegen der Schreibweise des Familiennamens in Strafe genommen worden, jedoch in der Berufungsinstanz vom Landgericht in Lissa am 3. v. M. freigesprochen und ihm das Recht zugesprochen worden, seinen Namen nicht „Schulc“, sondern in bisheriger Weise „Schulc“ zu schreiben. Gegen dies Erkenntniß hat nun wiederum die Staatsanwaltschaft die Berufung eingelegt.

Angekommene Fremde.

Bosen, 12. Dezember.

Hotel de Rome. — F. Westphal & Co. Die Rittergutsbesitzer Frau Säger, Frau Werder und Frau Majunke aus Margonin, Uhle aus Gorzewo, Fuhrmann und Frau aus Briesen, Mahn und Familie aus M. Lubowice und Fr. Born aus Gora, Amtsraih Rinder und Frau aus Rochau, die Kaufleute Behr aus Balingen, Höfinghoff aus Gleiwitz, Artmann aus Plauen und Corda aus Hamburg.

Mylius Hotel de Dresde (Fritz Bremer). Rittergutsbesitzer Matthes aus Zantowice, Pgl. Domänenpächter Bient. Grunthal und Frau aus Grabitz, Post-Direktor Weberstadt aus Berlin, Reg.-Assessor Bräuner aus Berlin, Direktor Bernhardt aus Leipzig, Fabrikant Reimer aus Gasse, Major v. Gobe aus Bosen, Hauptmann Hofnichten aus Bromberg, die Kaufleute Gielbert aus Elbing, Ribell aus Forst, Stiebler aus Hamburg, Ruff aus Halle, Korbach aus Frankfurt a. M., Medow aus Berlin und Nacholl aus München.

Stern's Hotel de l'Europe. Die Kaufleute Lübnitz aus Dortmund, Dahlheim und Girau aus Bromberg, Chemiker Brommet aus Höchst, Inspektor Schöneberg aus Bremen, Baumeister Irrgang aus Stettin, Direktor Burghalter aus Leipzig.

Theodor Jahns Hotel garni. Die Kaufleute Scholz aus Breslau, Juliusburger aus Oelsnitz, Rodert aus Stettin, Stephani aus Düren und Blath aus Berlin, Zimmermeister Dröbe aus Bnin, Justizrath Langmeier und Sekretär Pomitzer aus Gnesen.

Hotel Bellevue. (H. Goldbach.) Die Kaufleute Alter aus Peterswalbau, Plumpe aus Berlin, Meiß aus Breslau, Heppner aus Schwedt a. O. und Lehrer Sims aus Berlin.

J. Graetz's Hotel „Deutsches Haus“. vorn. Langner's Hotel. Die Kaufleute Oph aus Breslau, Fleischhauer aus Magdeburg, Grünbaum aus Offenbach und Thiemann aus Nowoslaw.

Georg Müller's Hotel „Altes deutsches Haus“. Die Kaufleute Bohm und Heimann aus Berlin, Weder aus Leipzig, Lehrer Dworich aus Rogalinet, Frau Müller aus Sulau, Fabrikant Bin aus Berlin.

Arndt's Hotel. Die Kaufleute Schindler und Eichenwald aus Berlin, Kasper aus G. Hasle, Einter aus Dresden, Berbst aus Breslau und Hoedt aus Wien.

Telegraphische Nachrichten.

Breslau, 11. Dez. Die Hüttenarbeiter der „Königs- und Laurahütte“, welche nach Mittheilungen ober-schlesischer Zeitungen am vergangenen Sonnabend bezw. Dienstag die Arbeit eingestellt hatten, haben nach von der „Breslauer Ztg.“ einge-zogenen Informationen die Arbeit wieder aufgenommen.

Köln, 11. Dez. Nunmehr haben auch sämtliche andere Dampfer von Aktiengesellschaften und von Privaten die Schiffs-fahrt nach dem Ober- und Niederrhein wegen Treibeises ein-gestellt. Nur einige Lokaldampfschiffe setzen ihre Fahrten fort.

Düsseldorf, 11. Dez. Der rheinische Provinzial-Land-tag beschloß in seiner heutigen Sitzung, Sr. Majestät dem Kaiser die Entscheidung darüber anheimzustellen, wo das Kaiser Wilhelm-Denkmal der Rheinprovinz zu errichten sei.

Merseburg, 11. Dezember. Der Landtag der Provinz Sachsen hat den Gerichtsassessor Körte zum Landesrath ge-wählt.

Clausthal, 11. Dez. Zum Geburtstag des Professors Dr. Robert Koch hat die Stadt Flaggen-schmuck angelegt; das Geburtshaus Dr. Kochs ist auf das Reichste geschmückt. Heute Abend findet ein großer Festkommers der Bürgerschaft statt.

Mech, 11. Dez. Der Bezirkspräsident macht hinsichtlich der diesjährigen Kavallerie-Manöver und Herbstübungen be-kannt, nach Mittheilungen des kommandirenden Generals Grafen v. Häfeler seien die Truppen überall gut aufgenommen worden,

insbesondere da, wo die Einquartierungsanlage erst unmittelbar vor Eintreffen der Truppen möglich gewesen sei.

Hamburg, 11. Dez. Die Bürgerschaft hat den Antrag des Senats, in Cuxhaven eine höhere Schule (Gymnasium) zu errichten, abgelehnt, dagegen den Antrag Wolffson, dem Senat mitzutheilen, daß die Bürgerschaft bereit sei, der Errichtung einer höheren sechs-stufigen Bürgerschule in Cuxhaven zuzustimmen, mit großer Majorität angenommen.

Weimar, 11. Dez. Die Eisenbahn Weimar-Gera hat die Saalbrücke bei Göschwitz wieder fahrbar und nimmt den Gesamtverkehr am 13. d. M. wieder auf.

Rostock, 11. Dez. Der Landtag bewilligte gemäß dem Vorschlag der Großherzoglich Mecklenburg Schweriner Regierung der Klinik in Rostock einen Betrag von 4000 Mark und dem Stifte Bethlehem in Ludwigslust 2000 Mark für die Behandlung unbemittelter Tuberkelkranker.

Rom, 11. Dez. Die Kammer wählte mit 364 von 410 Stimmen Biancheri wieder zum Präsidenten.

Paris, 11. Dez. Dem „Echo de Paris“ zufolge hätte der General Miribel ein neues Generalstabsreglement aus-gearbeitet, nach welchem die Offiziere des Generalstabs nur als Hilfskräfte-Kommandos zu betrachten sind und alle Ver-antwortlichkeit in militärischen Angelegenheiten den Generalen überlassen wird. — Der Municipalrath hat mit 47 gegen 7 Stimmen den gegen das Koch'sche Heilverfahren gerichteten Antrag abgelehnt, die Behörden aufzufordern, die Versuche mit Arzneien unbekannter Zusammensetzung in Spitälern zu verbieten. — Dr. Pëan erklärte einem Redakteur des „Eclair“ gegenüber bezüglich eines auf seiner Klinik verstorbenen Kranken, welchem Koch'sche Lymphie injiziert worden war, der Kranke sei mit tuberkulösen Lungen, Eingeweiden, Knochen und Hirnhaut behaftet gewesen und war fast sterbend, als er in's Spital kam. Pëan habe den Kranken nur injiziert, um ihn zu beruhigen und ihm die Schwere seines Zustandes zu verbergen. Der Kranke starb, wie die Sektion ergab, an tu-berkulofer Meningitis. Man dürfte künftig an solchen hoff-nungslosen Kranken keine Injektionen vornehmen, um Vorein-genommenen gegenüber das Koch'sche Verfahren nicht zu kompromittiren.

Paris, 11. Dez. Konseil-Präsident Freycinet ist mit 20 von 38 Stimmen zum Mitgliede der Akademie gewählt worden.

Paris, 11. Dez. Die Zollkommission nahm die Vor-schläge der Regierung betreffs der Zölle auf Eisenbarren, Weißblech und Schwarzblech, sowie diejenigen auf Edelmetall-waaren gemäß dem Minimaltarif an. Im Maximaltarif wurde der Zoll von 600 auf 1000 Franks erhöht. Für falsche Bijouteriewaaren wurde im Maximaltarif der Zoll auf 250 und 200 Frks. erhöht.

Wie die „France“ meldet, wird eine Expeditionskolonne vom oberen Senegal demnächst unter dem Oberst Archinard gegen den König von Segou marschiren. Archinard beabsich-tige nach der Einnahme von Niara, wo Askamad sich befindet, bis Timbuktu vorzurücken.

Toulon, 11. Dez. Das Mittelmeer-Geschwader verläßt Toulon, um in offener See Schießübungen und Manöverbe-wegungen vorzunehmen; dasselbe fährt sodann dem russischen Geschwader entgegen, welches gegen den 20. d. Mts. nach Villafranka kommt. Dasselbe wird, wie es heißt, eingeladen werden, nach Toulon zu kommen.

Brüssel, 11. Dez. Die zur Beglückwünschung des Königs hier eingetroffene österreichische Offizier-Deputation wurde heute Morgen 11 Uhr vom König empfangen und dem-selben durch den österreichischen Militär-Attaché, Obersten Bach v. Hansberg, vorgestellt. Nach dem Empfange machte die Deputation auch dem Grafen von Flandern einen Besuch. Die preussische Offizier-Deputation wird heute Nachmittag vom Könige empfangen werden.

Brüssel, 11. Dez. Die Deputation des Kurmärkischen Dragoner-Regiments Nr. 14 aus Kolmar i. E., dessen Chef König Leopold II. ist, bestehend aus dem Regimentskomman-deur Oberstleutnant v. Bachmayer, dem Rittmeister Rau, dem Premierlieutenant Lagat und dem Sekondlieutenant v. Fritsche, wurde heute Nachmittag 3 Uhr vom Könige empfangen. Nach-dem Oberstleutnant v. Bachmayer, den der König von seiner letzten Anwesenheit in Potsdam aus dem Ehrendienst kannte, die Deputation vorgestellt hatte, gratulirte er dem Könige Leopold im Namen seines Regiments, welches den heutigen Tag in Kolmar festlich begeht. Während der halbstündigen Audienz erkundigte sich der König eingehend nach seinem Regi-ment und dankte für die dargebrachten Glückwünsche. Heute Abend ist Galadiner zu 80 Gedecken, zu demselben sind alle höheren Offiziere der Brüsseler Garnison geladen.

London, 11. Dez. In Betreff der gewaltsamen Besitz-nahme der Bureaus des „United Ireland“ durch Anti-Parnel-liten scheint sich trotz des aus Dublin inzwischen erfolgten Dementis folgende Version zu bestätigen. Bodkin, der gestern von Parnell vertriebene Redakteur der Zeitung, drang in der vergangenen Nacht plötzlich mit 20 Mann in die Bureaus ein und ergriff davon Besitz. Heute Mittag forderten An-hänger Parnells unter Zuziehung eines Gerichtsvollziehers Bodkin auf, die Bureaus zu verlassen. Bodkin that dies, ohne Widerstand zu leisten. Parnell reiste heute Mittag nach Cork ab.

London, 11. Dez. Die irischen Antiparnelliten er-ließen ein Manifest, in welchem sie erklären, daß sie zur Ab-setzung Parnells gezwungen gewesen seien, da sie sonst Ver-räther an der Sache Irlands wären. Wenn Parnell Führer der irischen Partei geblieben wäre, würde bei den allgemeinen Wahlen Home-rule sicher unterliegen; die Partei werde ihr

Neuerstes thun, um das Bündniß mit der britischen Demo-kratie aufrecht zu erhalten.

Cetinje, 11. Dez. Bei einem neuerlichen Angriffe der Malissoren wurde an der Grenze ein Montenegriner schwer verwundet. Bei der hierauf eingeleiteten Verfolgung nahmen die Montenegriner sieben Malissoren gefangen.

Hamburg, 11. Dez. Der Postdampfer „Croatia“ der Ham-burg-Amerikanischen Paketfahrt-Aktiengesellschaft ist, von West-indien kommend, heute 8 Uhr Morgens in Havre eingetroffen.

London, 11. Dez. Der Union-Dampfer „Athenian“ ist gestern auf der Heimreise von Capetown abgegangen.

Berlin, 12. Dez. Der „Hamburger Correspondent“ theilt mit, daß die Bremer Fabrikanten die Nachricht, es hätten hunderte der streikenden Hamburger Zigarrenarbeiter in Bremer Fabriken Beschäftigung gefunden, für unzutreffend er-klären. In Bremen werde die Gründung eines Vereins be-absichtigt, um den Wählereien der Sozialdemokraten entgegen-zutreten.

Helsingfors, 12. Dez. Eine Verordnung bestimmt die Verabfolgung von Staatsstipendien an Beamte des Groß-fürstenthums Finland, welche ins Innere des Reichs kom-mandirt werden, um sich in der russischen Sprache zu vervoll-kommen. Die betreffenden Beamten erhalten für eine neun-monatliche Verwendung 2000, für eine einjährige 3000 M.

Handel und Verkehr.

Frankfurt a. M., 11. Dez. Dem Vernehmen nach hat das königliche Staatsministerium der „Frankfurter Bank“ mitgetheilt, daß es zur Umbahnung einer weiteren einheitlichen Regelung des Notenbankwesens beabsichtige, das Notenrecht der Bank spätestens zu dem Zeitpunkt zu kündigen, zu welchem die nächstfälligen Notenprivilegien einiger süddeutschen Banken erlöschen. Für die Badische Bank tritt die Erlöschung des Notenprivilegiums im Jahre 1895, für die Württembergische Noten-Bank im Jahre 1896 ein.

Petersburg, 11. Dez. Die „Börsenzeitung“ meldet gerücht-weise, die Bank von England hätte der russischen Finanzverwal-tung vorgeschlagen, die der letzteren gegen Baring Brothers zu-stehenden Geldsummen der Bank von England auf eine gewisse Zeit gegen angemessene Zinsvergütung zu überlassen.

Marktberichte.

Bromberg, 11. Dezember. (Amtlicher Bericht der Handels-kammer.) Weizen: gute, gesunde Mittelqualität 180 — 188 M., feinstes über Notiz. — Roggen je nach Qualität 160 — 168 M., feinstes über Notiz. — Gerste unveränd. nach Qual. 130 — 145 M., gute Brauware 146 — 152 M. — Futtererbsen 125 — 135 M., Koch-erbsen 140 — 150 M. — Hafer je nach Qualität 125 — 135 M. — Spiritus 50er Konsum 65,00 M., 70er 45,50 Mark.

Breslau, 11. Dezbr. (Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.) Roggen per 1000 Kilogramm — Gef. —, — Str., ab-gelaufene Kündigungsheine. — Per Dezember 176,00 Gd., April-Mai 168 Gd. — Hafer (per 1000 Kilogr.) —. Per De-ze-mber 130,00 Br., April-Mai 132,00 Gd. — Rübsen (per 100 Kilogramm) —. Per Dezember 60,00 Br. — Spiritus (per 100 Liter à 100 Proz.) excl. 50 und 70 Mark Verbrauchsabgabe. Per Dezember (50er) 64,00 Gd., (70er) 44,50 Gd., April-Mai (70er) 45,00 Gd. — Zink. Ohne Umfab. Die Börsenkommission.

Meteorologische Beobach-tungen zu Bosen im Dezember 1890.

Datum	Barometer auf 0	Wind	Wetter	Temp.
Stunde	Gr. red. in mm; 66 m Seehöhe.			i Cel. Grad
11. Nachm. 2	764,9	SO schwach	bedeckt	- 2,7
11. Abends 9	764,6	D leicht	bedeckt	- 28'
12. Morgs. 7	763,2	NO mäßig	bedeckt	- 2,2

Am 11. Dezbr. Wärmes-Maximum — 0,4° Cel.

Am 11. = Wärmes-Minimum — 3,4° =

Wasserstand der Warthe.

Bosen, am 11. Dezbr. Morgens 1,56 Meter.

= 11. = Mittags 1,54 =

= 12. = Morgens 1,54 =

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Kurse.

Breslau, 11. Dez. Fest. 3 1/2 % ige L.-Pfundbriefe 97,05, 4 % ige ungarische Goldrente 90,40, Konfolidirte Türken 18,25, Türkische Loose 78,00, Breslauer Diskontobank 104,75, Breslauer Wechselbank 103,50, Schlesischer Bankverein 121,65, Kreditaktien*) 166,90, Donnersmarchhütte 83,50, Oberschlesische Eisenbahn 90,10, Oppelner Zement 118,00, Kramsta 130,50, Laurahütte 135,25, Verein. Delfabr. 96,00, Oesterreichische Banknoten 177,00, Russische Banknoten 234,30. *) per ultimo. Schlei. Zinkaktien 200,00, Oberschlei. Portland-Zement 123,00, Archimedes —, Kattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb 123,00, Flöther Maschinenbau 117,50.

Frankfurt a. M., 11. Dezbr. Effekten = Societät (Schluß). Kreditakt. 266 3/4, Franzosen 213, Lombarden 118, Galizier —, Egypter —, 4 % ungar. Goldrente 90,50, 1880er Russen —, Gotthardbahn 161,00, Diskonto-Kommandit 208,30, Dresdner Bank 152,90, Laurahütte 135,60, Gelsenkirchen 174,00, Courl Bergwerk —, Griechische Monopol-Anleihe —, Darmstädter Bank —, Deutsche Bank —, Mexikaner —, Argentinier —, Türkische Tabaksaktien —, Berliner Handelsgesellschaft —, Portugiesen 57,40, Veloce 73,10. Fest. Privatdiskont 5 1/2 % Prozent.

Wien, 11. Dez. Abendbörse. Ungarische Kreditaktien 357,75, österr. Kreditaktien 302,75, Franzosen 242,00, Lombarden 135,00, Galizier 202,50, Nordwestbahn 215,50, Elbthalbahn 220,50, österr. Papierrente 88,97 1/2, do. Goldrente 107,70, 5proz. ungar. Papierrente 99,65, 4proz. do. Goldrente 102,70, Marknoten 56,57 1/2, Napoleons 9,12, Bankverein 116,75, Tabaksaktien 144,50, Alpine Montan 92,30, Unionbank 238,50, Länderbank 218,75. Fest.

Paris, 10. Dezbr. (Boulevard-Berkehr.) 3 % Rente 95,73, Italiener 93,92 1/2, 4 % ungar. Goldrente —, Türken 18,62 1/2, Zinsenloose 77,50, Spanier 75,34, Egypter 486,87, Banque Otto-mane 614,06, Rio Tinto 603,75, Tabaksaktien 331,12, Panama-aktien —, Rußig.

London, 11. Dezbr., Abends. Preussische Consols 105 1/2, engl. 2 1/2 % Consols 95 1/2, lomb. Türken 18 1/4, 4proz. konsolid. Russen 1889 (II. Serie) 98 1/2, Italiener 93 1/2, 4proz. ungarische Goldrente 90 1/2, 4proz. unific. Egypter 95 1/2, Ottomanbank 14 1/2, 6proz. konsol. Mexikaner alte 92 1/2, neue Mexikaner 2 1/4, 4proz. perdue

